

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtpostkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einrechnung 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. S.; Oberregierungsrat Hans Wied in Dresden.

Nr. 115

Dresden, Dienstag, 19. Mai

1925

Der Reichsaußenminister über Räumung und Sicherheitspakt.

Sitzung des Reichstags vom 18. Mai.

Präsident Lohde gedankt bei der Eröffnung der Sitzung des Reichstags auf den Vorfeld. Während sich die Abgeordneten von den Plätzen erhoben, sprach der Präsident den Hinterbliebenen der Opfer die Teilnahme des Reichstags aus. Er knüpfte daran die dringende Mahnung an die Aufsichtsbehörden, durch geeignete Maßnahmen der Wiederholung solcher Ereignisse vorzubeugen.

Herr Dr. Reubner (Komm.) beantragt die sofortige Beratung einer kommunikativen Interpellation und eines Antrages auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ursachen der letzten Grubenkatastrophen.

Präsident Lohde erklärt, die kommunikativen und eine in gleicher Richtung gehende sozialdemokratische Interpellation könnten nach der Geschäftsordnung heute nicht beraten werden; da gegen den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wenn nicht Widerspruch erhoben wird.

Herr Dr. Winnefeld (D. Vp.) weist die kommunikativen Angriffe auf die Beche und Aufsichtsbehörden zurück. Er erklärt unter dem Vorbehalt der Kommunizieren, die Angelegenheit könne beraten werden, wenn die Interpellationen gedruckt vorliegen. Er widerspricht der sofortigen Beratung des kommunikativen Antrages.

Herr Dr. Henschel (D. Vp.) weist die kommunikativen Angriffe auf die Beche und Aufsichtsbehörden zurück. Er erklärt unter dem Vorbehalt der Kommunizieren, die Angelegenheit könne beraten werden, wenn die Interpellationen gedruckt vorliegen. Er widerspricht der sofortigen Beratung des kommunikativen Antrages.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann:

Ich habe mich in voller Übereinstimmung mit dem Haushaltsausschuß befunden, als ich erklärte, daß der Rückbau des ausländischen Dienstes nicht nur einseitig beendet sei, sondern unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen uns zum Ausbau unserer Auslandsvertretungen drängen. Wir haben aber aus Sparmaßnahmsgründen im vorliegenden Haushaltsplan keine neuen Stellen im Inlande angefordert. Und nachdem wir bereits im Vorjahre einen Rückbau allein in der Zentralbehörde um nicht weniger als 26 Proz. durchgeführt haben, sind wir jetzt im Begriff, durch Schaffung einer zweifelhafte Organisation und einer wesentlichen Vereinfachung des technischen Dienstes eine weitere Ersparnis von etwa 100 Angestellten herbeizuführen. Ich kann dagegen nicht länger die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Befähigung unseres auswärtigen Dienstes lediglich nach formalen Gesichtspunkten durchgeführt wird. Unser Auslandsdienst bleibt gegenwärtig noch weit hinter der Zahl der Auslandsvertretungen zurück, welche mit vor dem Kriege unterhalten. Insbesondere sind die Interessen der deutschen Wirtschaft im Auslande noch völlig unzureichend berücksichtigt, was Sie ohne weiteres daraus erkennen, daß wir heute noch nicht die Hälfte der Vorkriegskonsulate wieder erreicht haben. Wir leben mit tiefer Gebrechtheit, wie deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiß Schritt für Schritt den verlorenen Boden zurückgewinnen, und wir immer mehr im Auslande die Einsicht zurückkehrt, daß hierin keinerlei Gefahr für das Wohlstand liegt, sondern daß im Gegenteil die Früchte dieser deutschen Arbeit in erster Linie dem Wohlstand selbst zufließen. Mit ungestörter Teilnahme endlich verfolgen wir das Schicksal jener vielen Millionen Volksgenossen, die zwar durch die Bande des Blutes und der gemeinsamen Kultur mit uns untrennbar verbunden sind, die aber als Angehörige eines fremden Staates leben müssen, sei es als Folge einer langen historischen Entwicklung, sei es als Folge der Verträge von 1919. Fast überall sehen sie im Kampfe um die Erhaltung ihres Volkstums, einem

Kampfe, der um so schwerer wird, je näher sie unseren Grenzen wohnen. Unsere Wünsche und unsere Hoffnungen begleiten sie in diesem Kampfe. Daß er Erfolg haben möge, und daß das Beispiel Englands, in dem zuerst der Nähe und kluge Schritt der Gewährung kultureller Autonomie an die Minderheiten getan wurde, in den anderen nationalgemäßigten Ländern Europas Nachahmung finde, das wünschen nicht nur wir als Mutterland so vieler Minderheiten, sondern das wird jeder wahre Freund einer weltlichen Völkerverbrüderung Europas hoffen und wünschen müssen.

Das Unglück auf Beche „Dorfstedt“.

44 Todesopfer.

Das Grubenunfallamt im Preussischen Handelsministerium teilt dem Amtlichen Preussischen Pressebüro über das Unglück auf Beche „Dorfstedt“ in Ergänzung der bisherigen Nachrichten noch folgendes mit:

Die Zahl der Toten beträgt 44, von denen 43 geboren sind, die Zahl der Verletzten 25, davon 3 schwer und 22 leicht. Der Ausgangspunkt der Explosion liegt mit größter Wahrscheinlichkeit im Sprengstoffmagazin, wo nach 1080 kg Sprengstoff lagerten. Die Explosion hat dann die in der Nähe gelegenen Strecken und ferner hauptsächlich die erste Steigabteilung betroffen, wo 24 Mann ums Leben kamen. Die Fortpflanzung der Explosion ist durch die Gefährdung der Grubenunfallkommission ist Montag früh mit den Behördenvertretern eingefahren. Die Untersuchung ist im Gange und erstreckt sich hauptsächlich auf die Ursache der Entzündung der Sprengstofflager. Der Leiter des Grubenunfallamtes ist am Sonntag an die Unfallstelle abgereist, der Oberberghauptmann teilt am Montag ab.

Dortmund, 18. Mai.

Das Rettungswort

wurde in großartigster Weise in die Wege geleitet. Die Arbeiten waren äußerst erschwert, da durch die Explosion große Verheerungen in den Gängen angerichtet worden waren, die ein Vordringen fast unmöglich machten. Die auf der 635 Meter tiefen sechsten Sohle erfolgte Explosion war so gewaltig, daß die über Tage zum Förderstrecke führende Tür eingedrückt wurde. Im Schachte selbst aber war alles durcheinander geworfen, und in der zu Bruch gegangenen Strecke ein Kohlenzug ausgehüllt worden. Die Rettungsmannschaften mußten, auf dem Grunde liegend, versuchen, an die verhängten und eingeschlossenen Bergleute heranzukommen. Dabei waren sie gezwungen, ihre Rettungsausrüstung zurückzulassen. Aber alle diese Schwierigkeiten hinderten die Arbeiter nicht, ihre Kräfte aufs äußerste anzuspannen, um die noch Lebenden zu retten und die Toten zu bergen. Sie leisteten übermenschliches.

Die Toten sind in der Waschkane der Zeche aufgebahrt worden. Die meisten von ihnen haben durch Gasvergiftung den Tod gefunden, andere durch schwere Verbrennungen. Weiß hat der Tod die Bergleute an der Stelle dahingerafft. So steht man einem Bergmann, der im Augenblick der Explosion mit seinem Kameraden scherzte und lachte. Er liegt nun in der Waschkane mit lächelnden Gesichtszügen auf der Totenbahn. Von den Verletzten konnte man bisher wenig über die Katastrophe erfahren.

Dortmund, 18. Mai.

Die Beerdigung der Opfer der Grubenkatastrophe wird am Mittwoch erfolgen. Die Trauerfeier wird um 10 Uhr vormittags auf dem Sportplatz Dorfstedt abgehalten. Anschließend

Wenn ich auf unsere außenpolitische Lage und unsere Beziehungen zu den einzelnen fremden Ländern eingehe, möchte ich zunächst mit demjenigen politischen Ereignis beginnen, das hier in den Augenblicken des vorigen Jahres den Gegenstand der ernstesten Erörterungen bildete, mit der Annahme des Dawesplans. Auch diejenigen, die damals schwere sachliche Bedenken gegen den Plan vorgebracht haben, werden darüber keinen Zweifel hegen können, daß wir ohne dieses Ergebnis kaum eine sicher fundierte Wahrung beßeren und noch heute in gleicher Weise wie jahtelang

Das Unglück auf Beche „Dorfstedt“.

44 Todesopfer.

hieran sehen sich die Trauerzüge nach den verschiedenen Gemeinden, aus denen die Toten stammen, in Bewegung. Die meisten werden in Dorfstedt beihaltet werden.

Die Blätter melden aus Essen, man rechne mit der Möglichkeit eines Attentats. Eine andere Möglichkeit bestehe in der Selbstentzündung der Sprengstoffe infolge unachtsamer Lagerung. Schließlich wird die Frage erörtert, ob nicht das Unglück durch eine Schlagwetterexplosion verursacht worden sei, da schon am vorhergehenden Tage Schlagwetter festgestellt worden waren.

Hilfsaktion für die Hinterbliebenen der Bergunglückten.

Dortmund, 18. Mai.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk westliches Westfalen, erläßt einen Aufruf zur Unterstützung der vom Unglück betroffenen Familien.

Eine Interpellation der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgende Interpellation eingebracht: Das neue große Grubenunfall auf Beche „Dorfstedt“ lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die großen Gefahren, denen die Bergleute bei ihrer schweren Arbeit ausgesetzt sind. Ist die Reichsregierung bereit, eine strenge Untersuchung der Ursachen des Unglücks herbeizuführen und dem Reichstag so schnell wie möglich einen eingehenden Bericht vorzulegen? Was hat die Reichsregierung getan, um dem Befehl des Reichstages vom 19. 2. 1925 (Weisung über die Sicherung des Bergbaus auf „Minister Stein“) zu entsprechen?

Das Beileid des Reichsarbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Brauns hat aus Anlaß des Grubenunfalls an den Betriebsrat der Zeche „Dorfstedt“ an die Becheverwaltung sowie an den Oberberghauptmann von Dortmund Beileidtelegramme geschickt.

Dortmund, 18. Mai.

Bei einer von der Stadtverordnetenversammlung veranstalteten Trauerkundgebung aus Anlaß des Grubenunfalls auf der Zeche „Dorfstedt“ kam es heute zu heftigen Lärmereien, weil den kommunikativen Stadtverordneten nicht gestattet worden war, eine Sondererklärung abzugeben. Der Vorsitzende sah sich schließlich veranlaßt, die Sitzung zu schließen.

Zusammentritt der Bergarbeiter-internationale.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Amsterdam wird angeführt der zunehmenden Grubenkatastrophen der Grubenunfall der Bergarbeiterinternationale in Kürze zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um Maßnahmen für die Sicherstellung der Bergarbeiter im Bergbau festzulegen. Zur Teilnahme an der Sitzung sollen Vertreter der folgenden Länder, des Internationalen Arbeitersbundes und des Völkerverbundes eingeladen werden.

vorher im Reiche um unseren inneren Zusammenhalt und unsere Existenz ringen müßten. Gegenüber völlig falschen Darlegungen möchte ich feststellen, daß auch der Herr Reichsfinanzminister in völliger Übereinstimmung mit der Reichsregierung auf dem Standpunkt der Durchführung des Dawesplans steht. Wir haben bisher bei dieser Durchführung jeden Termin eingehalten. Wir werden ihn in derselben Weise auch in Zukunft durchführen. Selbstverständlich aber erwarten wir, daß auch die von unseren Reparationsgläubigern in London übernommenen Verpflichtungen mit der gleichen Gewissenhaftigkeit eingehalten werden, die wir beweisen haben und weiter beweisen werden.

Ich verwehre mich gegen die in der deutschen Presse hier und da verbreitete Auffassung, als wenn die Räumung des Ruhrgebietes und des Sanktionsgebietes

zu dem in den Londoner Vereinbarungen festgesetzten letzten Termin des 15. August irgendwie gefährdet sein könnte. Ich darf bemerken, daß der französische Ministerpräsident nach Beginn der Schwierigkeiten über die Räumung der rührischen Rheinlande spontan zum Ausdruck gebracht hat, daß die Verpflichtung der französischen Regierung zur Räumung dieser Gebiete in keiner Weise durch die Differenzenberührt werden könnte. Sollte an dieser Auffassung irgendein Zweifel möglich sein, so ist man sich im Lager der Alliierten wahrscheinlich darüber völlig im Klaren, daß dies prinzipielle Folgen zeitigen müßte, die das bisher auf dem Wege der Verständigung Geschaffene illusorisch machen würde. Die Grundlage unserer Reparationspolitik, von der ich soeben gesprochen habe, trägt den Namen des Herrn Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie alle wissen, daß dies nicht nur ein äußerer Zusammenhang ist. Es ist mit einer Genauigkeit feststellen zu können, daß unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

in jeder Hinsicht befruchtend sind. Die weitgehende Kredithilfe, welche die amerikanische Hochfinanz in den letzten Monaten einem großen Teile der deutschen Industrie gewährt hat, ist für unsere blutarme Wirtschaft von der größten Bedeutung. Aber auch sonst sprechen alle Anzeichen dafür, daß in der großen Republik jenseits des Ozeans das Verständnis für Deutschland in erfreulicher Weise zunimmt.

Im Verhältnis zu Mexiko hat die alte Freundschaft, die uns mit diesem Lande verbindet, neuerdings wieder belebten Ausdruck gefunden durch die herzliche und glänzende Aufnahme, welche die mexikanische Regierung und das mexikanische Volk den Offizieren und Mannschaften unseres Schiffsregiments „Berlin“ bei ihrem Besuch im Januar d. J. bereitet haben. Besonders zu erwähnen ist, daß die mexikanische Regierung am 16. März dieses Jahres mit der Reichsregierung ein Abkommen abgeschlossen hat, auf Grund dessen die Ansprüche deutscher Reichsangehöriger aus Schäden, die die in Mexiko während der wiederholten dortigen revolutionären Wirren erlitten haben, eine angemessene Regelung finden sollen. Das Abkommen, das noch der beiderseitigen Ratifizierung bedarf, wird dem Reichstag vorgelegt werden.

Was die Lage im fernem Osten anlangt, so hat sie durch die kürzlich abgeschlossenen Verträge zwischen Rußland und China und zwischen Rußland und Japan für die europäische Politik erhöhtes Interesse gewonnen. Die Probleme des Ostens haben wir zwar heute nicht mehr mit der gleichen Ausschließlichkeit, wie das früher der Fall war, allein mit Rußland zu rechnen. Denn im Norden wie im Westen sind diesen Lande heute Staatsgebilde vorgelagert, die an ihrem staatlichen Selbsthaltungswillen keinen Zweifel aufkommen lassen. Gleichwohl bleibt nach wie vor unverkennbar das natürliche Schwergewicht bei Rußland, das alle jene Länder zusammen an Bevölkerung um das Fünffache übertrifft und das mit überaus reichen Entwicklungsmöglichkeiten ausgestattet ist. Nach Ausräumung des früher mit der Balkanfrage verbundenen Konflikts können jetzt alle außenpolitischen Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Rußland als beseitigt gelten. Damit ist für die friedliche, wirtschaftliche und kulturelle Wiederaufbauarbeit dieser beiden, sich in hartem Maße ergänzenden Länder eine weite Bahn eröffnet worden.